

Gefährdung der Lebensmittelsicherheit

Ein Vortrag bei den Grünen beschäftigte sich mit dem Freihandelsabkommen TTIP

Von Helmut Schwarzmeier

Landau/Dingolfing. „Das Freihandelsabkommen TTIP: Freibrief für Konzerne?“, so lautete das Thema eines Informationsabends am Montagabend in Mamming, zu dem die Grünen mit der Landtagsabgeordneten Rosi Steinberger eine fundierte Referentin gewinnen konnten. Sollte das Vorhaben verabschiedet werden, prognostizierte sie: „Irgendwann zahlen die Verbraucher die Zeche und werden noch mehr bluten, da wir den höheren Standard haben.“

Das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) steht bei Steinberger und ihrer Partei unter massiver Kritik. Ihre Forderung: „Die Verhandlungen müssen gestoppt werden. Das Abkommen brauchen wir nicht unbedingt.“ Sie befürchtet massive Verschlechterungen vor allem für die kleinen und mittelständischen Betrieben sowie in Sachen Tierschutz. Die Landtagsabgeordnete warnte vor einer Absenkung der europäischen und deutschen Standards in den Bereichen Verbraucher- und Umweltschutz, aber auch in Sachen Landwirtschaft, Daseinsvorsorge und Arbeitnehmerrechte.

Was ihr Kopfzerbrechen bereitet ist, dass im Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe festgehalten ist, dass die Marktöffnung auch auf Ebene der Bundesstaaten und der Kommunen erfolgen soll, was auch die kommunale Daseinsvorsorge betreffen könne, wie die Trinkwasserversorgung. „Die US-Fracking-Industrie strebt nach Europa. Existierende Verbote der umstrittenen Technologie wie in Frankreich könnten durch Konzerne angefochten werden. In Deutschland ist Fracking noch nicht verboten. Sollte es nach dem TTIP in der EU möglich sein und Deutschland dann ein Verbot erlassen, können Fracking-Firmen



Zahlreiche Zuhörer verfolgten die Ausführungen der Landtagsabgeordneten Rosi Steinberger. – Foto: has

aus den USA dagegen klagen“, warnte Steinberger.

Wie gefährlich die Situation aus ihrer Sicht ist, machte sie anhand eines Zitats von Stuart Eizenstat, dem ehemaligen US-Botschafter der EU, fest, der behauptete: „Die Standards in Europa haben ein anderes Niveau. Und ich finde, die Standards in Europa haben ein unbegründet hohes Niveau, das wissenschaftlich nicht fundiert ist. Was für eine amerikanische Familie gutes Essen ist, sollte auch für eine europäische Familie gutes Essen sein.“ Es gebe, so die Referentin, durchaus große Unterschiede zwischen Deutschland und den USA. „Hier besteht das Prinzip des vorbeugenden Verbraucherschutzes. Der Produzent muss beweisen, dass ein Produkt ungefährlich und unschädlich ist, bevor es auf den Markt kommen darf. In den USA muss erst nach Markteinführung nachgewiesen werden, dass ein Produkt gefährlich oder schädlich ist, bevor es wieder vom Markt genommen wird.“ So sei Gentechnik bis auf zwei Ausnahmen verboten, da es keine gesicherten Beweise ge-

be, dass diese tatsächlich unschädlich sei. In den USA gäbe es keine gesicherten Beweise, dass Gentechnik schädlich ist, und man erteile die Zulassung ohne Kennzeichnungspflicht.

„Wir und die Umweltverbände setzen uns seit Jahren für eine Erhöhung verschiedener Standards auf EU-Ebene ein, wie die Kennzeichnung von Produkten wie Milch, Fleisch oder Eiern von Tieren, die mit gentechnisch veränderten Futtermitteln gefüttert wurden. Beim TTIP müssen nun schon die derzeitigen Standards verteidigt werden“, schimpfte Steinberger. Sie sieht die Lebensmittelsicherheit massiv gefährdet. Sie befürchtet, die Kennzeichnungspflicht könnten abgeschwächt oder aufgehoben und die Chemikalien-Versordnung der EU umgangen werden. Was ihr Angst macht: „In den Vereinigten Staaten sind rund 30 000 krebsverdächtige Substanzen im Handel, die in Europa verboten sind.“ Die „cross-recognition“ (gegenseitige Anerkennung) könnte dafür sorgen, dass eine Genehmigung durch US-Behörden

die gleiche Anerkennung erhält wie eine europäische Zulassung. Deswegen fordern Bündnis 90/Die Grünen, dass der Agrarsektor aus dem Verhandlungsmandat ausgeklammert wird. Dafür gäbe es zahlreiche Gründe, da in den USA Klonen von Nutztieren erlaubt sei, wie auch eine Wachstumsförderung durch Hormone oder eine Desinfektion der Schlachtkörper mit Chlor- bzw. Milchsäure. Dort gebe es noch Legebatterien bei Hühnern und Kastenhaltung von Sauen, was in der EU mittlerweile verboten sei.

Ferner warnte die Landtagsabgeordnete vor einer zunehmenden Industrialisierung bei der Landwirtschaft. „Die landwirtschaftlich bewirtschaftete Fläche in den USA und der EU ist ungefähr gleich groß. In Amerika gibt es 150 000 landwirtschaftliche Betriebe. In der EU sind es zwölf Millionen. Die Industrialisierung und damit die Billigproduktion mit geringeren Standards und Massenproduktion sind daher in den USA weiter fortgeschritten“, erläuterte die Referentin.